
7556/J XXVII. GP

Eingelangt am 23.07.2021

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

Anfrage

**der Abgeordneten Dr. Nikolaus Scherak, MA, Kolleginnen und Kollegen
an den Bundesminister für Inneres**

**betreffend Überwachung von Österreicher_innen durch Spionageprogramme
wie Pegasus**

Seit wenigen Tagen ist bekannt, dass eine Vielzahl an Presseleuten, Aktivistinnen und Aktivisten sowie Oppositionsmitgliedern weltweit Opfer missbräuchlicher Spähangriffe durch Geheimdienste und Polizeibehörden geworden sind. Genutzt wurde dazu ein Überwachungsprogramm des israelischen Unternehmens NSO Group namens Pegasus. Die Recherchen eines Journalistenkonsortiums unter der Führung der französischen Organisation Forbidden Stories ergaben, dass seit 2016 insgesamt mehr als 50.000 Telefone von Journalist_innen, Aktivist_innen und Oppositionellen mit Hilfe dieses Spionageprogramms überwacht worden sein könnten, obwohl Pegasus ursprünglich dem Kampf gegen Terrorismus und organisierte Kriminalität dienen sollte. Behörden hatten mit Hilfe von Pegasus Zugriff auf Telefonate sowie verschlüsselte Nachrichten der Betroffenen (19.6.2021, [orf.at](#)).

Auch die Telefonnummer eines Österreichers, der in den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) arbeitet, war laut Medienberichten unter den 50.000 geleakten Datensätzen (21.6.2021, [derstandard.at](#)).

Doch nicht nur außerhalb der EU wurden EU-Bürger_innen Opfer der Spähangriffe. Auch innerhalb der EU soll Pegasus zum Einsatz gekommen sein. In Ungarn soll es laut der Recherchegruppe mehr als 300 Überwachungsziele - darunter Journalist_innen und Regierungskritiker_innen - gegeben haben. Nachdem nun bekannt wurde, dass Ungarn die Cyberwaffe Pegasus zur Überwachung von kritischen Journalist_innen und Oppositionellen genutzt haben könnte, wird eine diesbezügliche Debatte innerhalb der EU notwendig sein (18.7.2021, [zeit.de](#)).

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

Anfrage:

1. Wusste Ihr Ministerium vor Veröffentlichung der über 50.000 Telefonnummern auf der Pegasus-Überwachungsliste davon, dass auch ein Österreicher auf dieser Liste steht?
 - a. Wenn ja, warum wurde nichts dagegen unternommen?

Dieser Text wurde elektronisch übermittelt. Abweichungen vom Original sind möglich.

2. Welche Maßnahmen wurden von Ihrem Ministerium bisher getroffen, um eine Überwachung österreichischer Bürger_innen durch ausländische Spionageprogramme zu vermeiden?
3. Nach Bekanntwerden der Überwachung eines Österreicher durch das Spionageprogramm Pegasus: Wie wollen Sie die Überwachung von Bürger_innen durch ausländische Spionageprogramme zukünftig verhindern?
4. Nach Bekanntwerden der Überwachung eines Österreicher durch das Spionageprogramm Pegasus: Sind weitere Maßnahmen zum Schutz der Privatsphäre von Österreicherinnen und Österreichern in Zusammenhang mit Überwachungsprogrammen in Planung?
 - a. Wenn nein, weshalb nicht?
5. Nach Bekanntwerden des Einsatzes von Pegasus in Ungarn und somit innerhalb der EU: Welche Position bezieht Ihr Ministerium im Umgang mit dem Einsatz von Spionagesoftwarens durch andere Staaten und im Speziellen durch EU-Mitgliedsstaaten?
6. Sind Sie mit Ihren Amtskolleg_innen aus anderen EU-Mitgliedsstaaten in Bezug auf den Einsatz von und den Umgang mit Spionageprogrammen wie Pegasus im Austausch?
 - a. Wenn ja, welche Position vertreten Sie dort?
 - b. Wenn ja, was ist der aktuelle Stand des Austauschs?
 - c. Wenn nein, ist ein solcher Austausch in Planung?
7. Ist/war Ihr Ministerium Kunde des israelischen Unternehmens NSO Group?
 - a. Wenn ja, welche/s Produkt/e der NSO Group wird/werden bezogen?
 - b. Wenn nein, ist eine Zusammenarbeit mit der NSO Group in Planung?
8. Steht/stand Ihr Ministerium im Austausch mit dem israelischen Unternehmen NSO Group?
 - a. Wenn ja, welcher Zweck wird mit diesem Austausch verfolgt?
 - b. Wenn ja, was ist der aktuelle Stand des Austauschs?
 - c. Wenn nein, ist ein Austausch mit der NSO Group in Planung?
9. Die Bundesregierung strebt eine "strategische Partnerschaft" mit den Vereinigten Arabischen Emiraten (VAE) an. Steht/stand Ihr Ministerium in Bezug auf Spionageprogramme wie Pegasus im Austausch mit den VAE?
 - a. Wenn ja, welcher Zweck wird mit diesem Austausch verfolgt?
 - b. Wenn ja, was ist der aktuelle Stand des Austauschs?
 - c. Wenn nein, ist ein diesbezüglicher Austausch in Planung?
10. Steht/stand Ihr Ministerium in Bezug auf Spionageprogramme wie Pegasus im Austausch mit Ungarn?
 - a. Wenn ja, welcher Zweck wird mit diesem Austausch verfolgt?
 - b. Wenn ja, was ist der aktuelle Stand des Austauschs?
 - c. Wenn nein, ist ein diesbezüglicher Austausch in Planung?

11. Ohne Sicherheitslücken bewusst offen zu halten, ist die Umsetzung eines funktionierenden Bundestrojaners nicht möglich. Der Pegasus-Skandal zeigt deutlich, wie gefährlich diese Sicherheitslücken für Bürger_innen sein können und wie anfällig diese Sicherheitslücken Bürger_innen für ausländische Spionageangriffe machen. Sollte vor diesem Hintergrund nicht von der Schaffung und Nutzung eines Bundestrojaners abgesehen werden?
12. In Beantwortung 4352/AB unserer Anfrage 4314/J führte das BMI aus, dass sich Österreich für einen rechtmäßigen Zugriff für Strafverfolgungsbehörden auf verschlüsselte Kommunikation eingesetzt hat. Ein solcher Zugriff erfolge laut BMI nur im Einklang mit den Grundrechten und im Rahmen der gesetzlichen Bestimmungen. Konkret wurde jedoch offen gelassen wie ein verfassungskonformer, unter Wahrung der Privatsphäre und der Grundrechte gestalteter Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf verschlüsselte Kommunikation im Detail aussehen könnte. Wurde mittlerweile eine Rechtsgrundlage für den Zugriff der Strafverfolgungsbehörden auf verschlüsselte Kommunikation geschaffen?